

Pressemitteilung

Freiburg, 28. November 2021

Wahlen und COVID-Gesetz: ein voller Erfolg

Mitte-Rechts setzt mit ihren fünf gewählten Kandidaten ihre Mehrheit im Staatsrat durch. Ein Ergebnis, das den Freiburger Arbeitgeberverband (FAV) sehr erfreut. Insbesondere, weil es alle Erwartungen übertrifft und im Einklang mit den Grossratswahlen vom 7. November steht. Die Befürchtungen, dass es zwischen der Exekutive und der Legislative zu Blockadesituationen kommen könnte, sind von der Bevölkerung an diesem Wahlsonntag vom 28. November aus dem Weg geräumt worden. In diesem Sinne freut sich der FAV auch über die Wahl der FDP-Oberamtmänner Vincent Bosson für den Greyerzbezirk und Christoph Wieland für den Seebezirk. Als weiteres wichtiges Anliegen für die Wirtschaft ist das COVID-Gesetz angenommen worden. Mit diesem Ergebnis kann insbesondere in Härtefällen die notwendige finanzielle Unterstützung gesichert werden.

Das Ergebnis im zweiten Wahlgang für die Staatsratswahlen von diesem Sonntag beschert dem bürgerlichen Lager eine breite Mehrheit. Dieser Wahlausgang erfreut den FAV sehr, der sich im Wahlkampf engagiert hat. Angesichts der neuen Regierungszusammensetzung zeichnet sich eine vielversprechende Zukunft für die Wirtschaft unseres Kantons ab. Mit der Wahl sämtlicher bürgerlichen Kandidaten, nämlich Didier Castella (FDP), Olivier Curty (Die Mitte), Romain Collaud (FDP), Jean-Pierre Siggen (Die Mitte) und Philippe Demierre (SVP) in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen, hat das Freiburger Volk seine volle Unterstützung der Arbeitgeber und der Wirtschaft des Kantons bekräftigt. Darüber hinaus verdeutlicht es auch das Bestreben, dem Kanton in der kommenden Legislaturperiode ein solides Vorankommen zu ermöglichen. Diese Mehrheit in der Exekutive entspricht auch der am 7. November gewählten Mitte-Rechts-Mehrheit im Grossen Rat. Dadurch können drohende Blockadesituationen abgewendet werden, welche für die Entwicklung unseres Kantons katastrophal gewesen wären.

Die neu gewählte Regierung wird alle Hände voll zu tun haben. Angefangen mit der Strategie zur Überwindung der Krise im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Die Pandemie hat zahlreiche Fragen aufgeworfen, insbesondere in Bezug auf die Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Diese Herausforderung sowie die notwendigen Anpassungen an den neuen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes müssen debattiert und geändert werden. Angesichts der neuen Zusammensetzung der Regierung ist der FAV zuversichtlich, dass die erforderlichen Anpassungen und Veränderungen mit Rücksicht auf die Rahmenbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit der kantonalen Volkswirtschaft angegangen werden können. Der FAV wird sich weiterhin für seine Mitglieder einsetzen und sich dafür stark machen, dass der Verwaltungsaufwand für die KMU möglichst gering gehalten wird.

Ja zum COVID-Gesetz: die pragmatische Entscheidung

Mit einem über 60%-igen Stimmenanteil zur Änderung des COVID-Gesetzes hat sich die Freiburger - und Schweizer - Bevölkerung für einen besonnenen Pragmatismus ausgesprochen. Diese Zustimmung trägt dazu bei, Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten. Dies geschieht, indem die Unterstützung insbesondere für Härtefälle gewährleistet ist und - dank des COVID-Zertifikats - Schliessungen in Sektoren vermieden werden können, die bereits stark unter der Krise gelitten haben, wie z. B. das Gastromiegewerbe oder die Veranstaltungsbranche. Die heutige Annahme des Gesetzes wird den Schweizer Unternehmen einen chaotischen Ausgang der Krise ersparen.

Kontakte

Reto Julmy
Direktor
079 647 02 47
reto.julmy@upcf.ch

Daniel Bürdel
Stv. Direktor
079 262 04 70
daniel.buerdel@upcf.ch

Als Dachverband vertritt und verteidigt der Freiburger Arbeitgeberverband (FAV), die Interessen der Arbeitgeber, KMU und der Wirtschaft im Allgemeinen. Er setzt sich für gute Rahmenbedingungen ein, die den Unternehmern ermöglichen, sich auf die ständig ändernden Herausforderungen einzustellen. Tagtäglich betreut der FAV über 8'000 Mitglieder. Zurzeit verwaltet er mehr als 60 Berufsverbände, 17 Sekretariate der überbetrieblichen Kurse, verschiedene Lehraufsichtskommissionen und ist in 8 paritätischen Kommissionen vertreten.
